

**Altes Eisen**  
Neue Geräte fordern  
den altherwürdigen PC  
heraus | Seite 29

# AGENDA

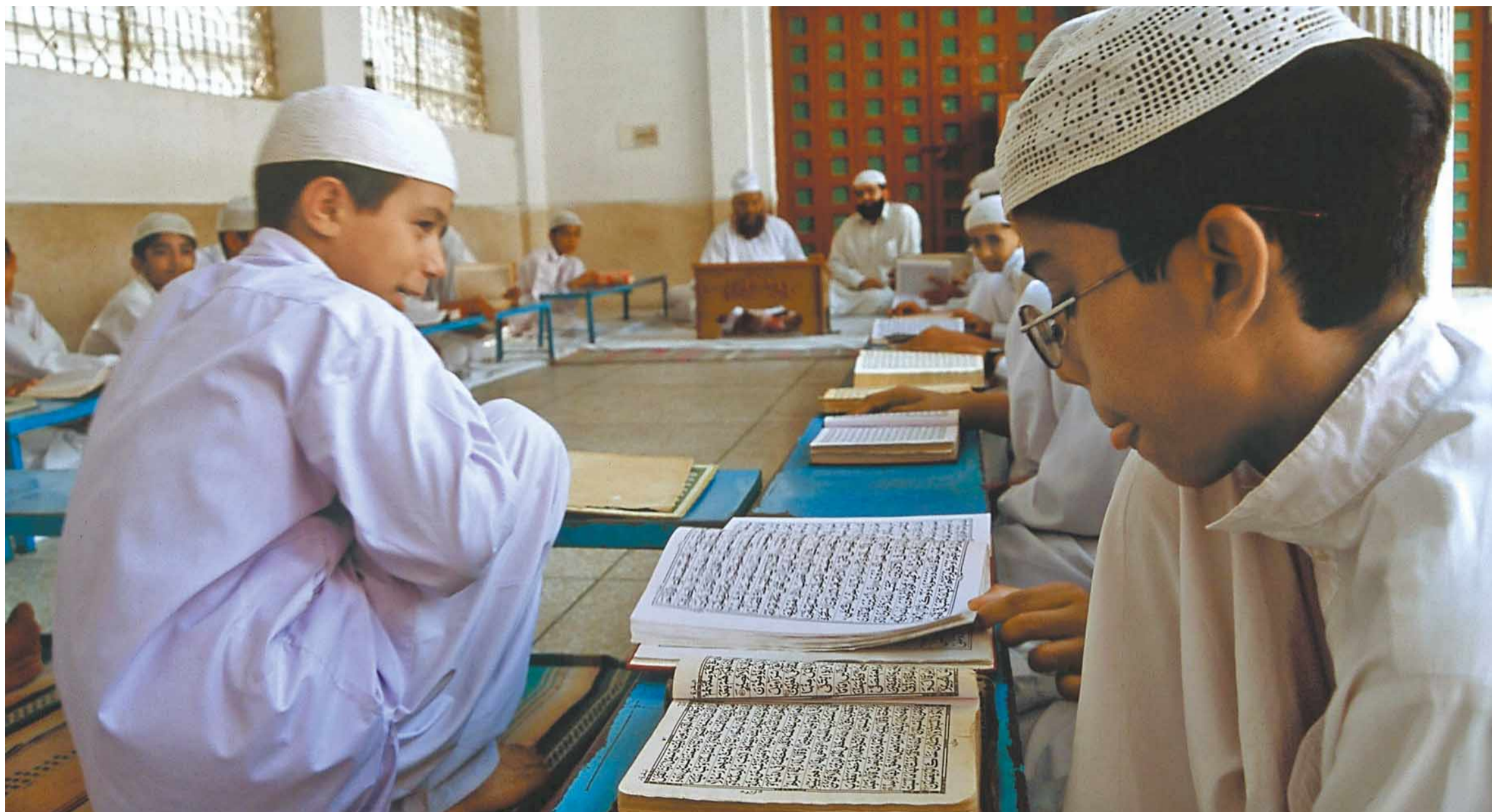
**Schneller Nachwuchs**  
Deutsche Leichtathleten  
übertreffen bei der EM die  
Erwartungen | Seite 31



FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

KOMMENTAR | REPORTAGE | HINTERGRUND

MONTAG, 14. AUGUST 2006



Brutstätten des Terrors: An Pakistans **Koranschulen** – wie hier in Peshawar – wird oft nicht nur der Koran allein gelehrt. Auch der Heilige Krieg steht auf dem Programm

## Halbherzig gegen Terror

VON SABINE MUSCAT, AKORA KHATTAK

Die Blicke der neun Mullahs im Raum sind neugierig bis abweisend. Barfuß sitzen sie im Halbkreis, ziehen die Mundwinkel nach unten und streichen sich über die langen angegrauten Bärte. Ein Schüler serviert Gläser mit gelber Limonade. In der Koranschule Dar-ul-loom Haqqania in Akora Khattak nicht weit von der afghanischen Grenze wird der Besuch aus dem Ausland mit dem in Pakistan üblichen Respekt empfangen – auch wenn er offensichtlich nicht als angenehm empfunden wird.

Der Schulleiter Maulana Sami ul-Haq wirkt gereizt. Die Regierung hat Schulen wie seine aufgefordert, sich registrieren zu lassen und weltliche Lehrpläne einzuführen. Denn dort, heißt es, werden gelegentlich radikales Gedankengut und Intoleranz gepredigt. „Wir akzeptieren keine äußere Kontrolle“, sagt der Koranlehrer barsch. Und die alten Männer nicken zustimmend.

In der Hauptstadt Islamabad mit ihren breiten Straßen, grünen Hügeln und schmucknen Beamtentvillen wird ein anderes Bild des Landes produziert. Die Spur der vereitelten Terroranschläge von London führt zwar wieder einmal nach Pakistan. Die Regierung versucht die Tatsache aber in Erfolg umzumünzen. Auf allen TV-Sendern tritt Tasnim Aslam auf, die Sprecherin des Außenministeriums. „Pakistan hat eine sehr wichtige Rolle bei der Enttarnung und Zerschlagung dieses internationalen Terrornetzwerks gespielt“, sagt die elegante Frau, die zu jedem über die Schulter geworfenen Schal den passenden Lippenstift zu haben scheint. „Die Festnahmen im Vereinigten Königreich sind nach aktiver Geheimdienstkooperation zwischen Pakistan, Großbritannien und den USA erfolgt.“

Der Fahndungserfolg ist für den Militärmachthaber Pervez Musharraf wie ein Geschenk des Himmels. Er kann sich nun wieder als zuverlässiger Verbündeter des Westens im Kampf gegen den Terror präsentieren. Dabei schien der Kredit, den er nach dem 11. September 2001 im Westen für seine Mithilfe an dem Kampf gegen Taliban und al-Kaida bekommen hatte, aufgebraucht.

Pakistan tue nicht genug, um seine Terrorgruppen auszumerzen und ihnen den ideologischen Boden zu entziehen, lautet

der gängige Vorwurf. Auch einige der Attentäter von London hätten ihre Unterweisung in religiösen Seminaren des Landes bekommen, heißt es bei Scotland Yard. Zuletzt stand das Land wegen der Terroranschläge auf Nahverkehrszüge im indischen Bombay am Pranger: Pakistanische Terrorgruppen sollen hinter dem Massenmord stecken.

In Pakistan ist das Selbstbild ganz anders. Hier haben viele das Gefühl, vom Westen verraten worden zu sein. Die Opposition wirft Musharraf den Ausverkauf des Landes vor. Als Beweis dient ihr die Annäherung der USA an den Rivalen Indien. Die US-Regierung möchte Indien Zugang zu Importen ziviler Nukleartechnik verschaffen. Pakistan, das Atomtechnologie an Staaten wie Nordkorea und den Iran geliefert haben soll, verweigert sie einen solchen Deal.

Pakistan sieht seine Rolle nicht gebührend gewürdigt. Die Behörden in Islamabad brüsten sich damit, nach dem 11. September eine der größten Terrordatenbanken aufgebaut zu haben. Die Informationen würden von mehr als 50 Staaten genutzt, heißt es in Islamabad, 22 000 Anfragen seien in den letzten vier Jahren eingegangen. „Anscheinend ist eine ernsthafte Terrorabwehr ohne Mitwirkung Pakistans momentan für den Westen nicht möglich“, sagt Dietrich Reetz vom Zentrum Moderner Orient in Berlin.

Die Liste der Terroristen, an deren Verhaftung oder Liquidierung pakistanische Behörden beteiligt waren, enthält zahlreiche prominente Namen. Abu Faraj al-Libbi ist darunter, der zum Zeitpunkt seiner Festnahme im Mai 2005 die Nummer drei in der Al-Kaida-Hierarchie gewesen sein soll. Im Oktober wurde der frühere Taliban-Sprecher Abdul Latif Hakimi an Afghanistan ausgeliefert. Bei mehr als 200 Razzien nahmen die Behörden rund 700 Ausländer fest, die von Pakistan aus terroristische Aktivitäten planten. In Pakistan sei al-Kaida heute führerlos, behauptet ein ranghoher Sicherheitsbeamter. „Wir haben die Kommunikationswege der Organisation gekappt.“ Es klingt wie Wunschenken: Immer noch ist der Mastermind Mati-ur Rahman auf der Flucht, der Kontakte zur Al-Kaida-Führung unterhalten und zwei Anschläge auf Musharraf verübt haben soll.

Pakistan, das oft als Terrorpate porträtiert wird, sieht sich selbst in der Opferrolle. Zur

Pakistan brüstet sich mit seiner Rolle bei der Vereitelung der Anschläge in London. Doch es geht nur zögerlich gegen die im Land aktiven Terrorgruppen vor. In vielen Koranschulen wird weiter Intoleranz gepredigt

### Auf der Flucht



**Topterrorist** Auf die Ergreifung von Mati-ur Rahman sind 130 000 € Kopfgeld ausgesetzt. Er soll 2003 zwei Anschläge auf Präsident Pervez Musharraf verübt haben.



Zeit des Kalten Kriegs war das Land die Basis, wo afghanische Mudshaheddin für den Heiligen Krieg gegen die sowjetischen Besatzer ausgebildet wurden – mit finanzieller Unterstützung der USA. Es sind die gleichen radikalen Kräfte, die heute bekämpft werden.

„Nach dem Bürgerkrieg in Afghanistan blieben wir allein mit dem Chaos zurück“, sagt Shaukat Sultan, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit des Geheimdienstes Inter Services Intelligence (ISI). „2,5 Millionen Flüchtlinge mit Drogen und Gewehren“ hätten „die Sozialstruktur unseres Landes zerstört“. Er erwähnt nicht, dass viele Flüchtlinge erst in Pakistan radikalisiert wurden.

Sowohl der Anschlag auf die Londoner U-Bahn am 7. Juli 2005 als auch das nun verhinderte Flugzeugattentat zeigen, dass Terrorismus nicht nur in Pakistan entsteht. Die meisten Verdächtigen haben zwar einen pakistanischen Familienhintergrund, sind aber in Großbritannien geboren und aufgewachsen. „Diese Leute sind ein Produkt des britischen Bildungssystems“, sagt Wakil Ahmed Khan, Staatssekretär im Religionsministerium.

Doch einige der Verschwörer holten sich den letzten ideologischen Schliff in pakistanischen Koranschulen. Das von den Mullahs kontrollierte Imperium umfasst etwa 13 000 Schulen (Madrassa) mit 1,5 Millionen Studenten. In vielen dieser Schulen ist die Unterweisung in den Heiligen Krieg wichtiger als in Mathematik. 200 bis 300 Madrassas sind nach Schätzungen westlicher Experten als extremistisch einzustufen. „Wir konnten keine einzige Institution identifizieren, an der radikales Gedankengut verbreitet wird“, sagt dagegen Ahmed Khan vom Religionsministerium. Der Staat hat ein schizophrenes Verhältnis zu den Schulen, die in Pakistan eine lange Tradition haben. Sie füllen die Lücken, die das staatliche Bildungssystem in armen Gegenden hinterlässt. In Misskredit gerieten die islamischen Internate erst, als einige von ihnen zu Ausbildungszentren für Führer von Taliban und al-Kaida wurden.

Sami ul-Haq's Schule, an der Taliban-Führer Mullah Omar studiert haben soll, ist mit etwa 3000 Schülern eine der größten Koranschulen des Landes. Heute ist sie die Vorzeige-Madrassa für ausländische Gäste.

Ihr Leiter sitzt als Senator im Parlament, seine Partei steht der Regierung näher als die meisten anderen islamischen Parteien. Im letzten Jahr besuchte er den Bundestag und das Auswärtige Amt in Berlin, wo er „konstruktive Gespräche“ führte. Dass selbst der gut integrierte Koranlehrer jede staatliche Kontrolle seiner Schule ablehnt, zeigt, wie schwierig dieses Vorhaben umzusetzen sein dürfte. „Wir möchten wie jede andere Nichtregierungsorganisation behandelt werden“, fordert ul-Haq.

Als Wohlfahrtsvereine operieren viele Gruppen mit zweifelhaftem Ruf. Der Staat lässt sie gewähren wie letztes Jahr nach dem Erdbeben in den nördlichen Landesteilen und dem pakistanisch kontrollierten Teil von Kaschmir. Dort hatten extremistische Gruppen Nothilfe geleistet, oft waren sie über ihre lokalen Netzwerke schneller und effektiver als Regierung und internationale Hilfsorganisationen. Dafür haben die Gruppen in ihren Lagern verpflichtende Religionskurse eingeführt, internationale Hilfsorganisationen gerieten unter Druck, weibliche Mitarbeiter abzuziehen. „Die Regierung sollte die Dschihad-Gruppen aus dem Wiederaufbauprozess herausnehmen“, fordert Samina Ahmed von der International Crisis Group in Islamabad.

Viel wird davon abhängen, ob das Militär zu einer echten Distanzierung von den Gruppen bereit ist, die ursprünglich mit seiner Billigung gegründet wurden, um mit terroristischen Mitteln für die Unabhängigkeit Kaschmirs oder für dessen Anschluss an Pakistan zu kämpfen. „Viele Beobachter glauben, dass Musharraf sich diese Gruppen als Faustpfand gegen Indien hält“, so der Berliner Pakistan-Kenner Reetz.

Am gleichen Tag, an dem in London der Flugverkehr zum Erliegen kam, stellten die pakistanischen Behörden den Jamaat-ud-Dawa-Chef Hafiz Mohammed Saeed unter Hausarrest. Der Leiter der in der Erdbebenhilfe aktiven Organisation ist der Gründer der verbotenen Terrorgruppe Lashkar-e-Toiba, die bezichtigt wird, hinter den Anschlägen in Bombay zu stecken. Saeed wird nun einen Monat lang keine Protestzüge anführen können. Es gibt aber bisher keinen Hinweis darauf, dass er ein Verbot seiner Organisation fürchten muss.

WWW.FTD.DE/TERROR